

In der Senatssitzung am 16. November 2021 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

12.11.2021

L 17

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 16.11.2021

„Wie steht es um die Aufarbeitung und Anerkennung des Schicksals von sogenannten „Verschickungskindern“ im Land Bremen?“

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Kinder aus dem Land Bremen wurden zwischen den 1950er- bis in die 1990er Jahren zur vermeintlichen Erholung, Heilung oder als erzieherische Maßnahme den dafür vorgesehenen (Kinderkur-) Heimen und Einrichtungen anvertraut?
2. Verfügt der Senat über Erkenntnisse darüber, wie viele dieser Kinder systematisch physischer und psychischer Gewalt ausgeliefert waren?
3. Inwiefern greift der Senat den Beschluss der Jugend- und Familienministerkonferenz vom Mai 2020 auf und unternimmt danach konkrete Schritte zur Unterstützung, überfälligen Anerkennung, Aufarbeitung, Sichtbarmachung und Entschädigung im Interesse der Opfer?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu den Frage 1 und 2:

Momentan sind dem Senat keine entsprechenden Einzelfälle und auch keine Gesamtzahlen bekannt. Aufgrund der Kurzfristigkeit der Anfrage konnten in den betreffenden Ressorts – das sind die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport – keine umfangreichen Recherchen durchgeführt werden. Es muss zudem davon ausgegangen werden, dass die Datenlage aufgrund der weit zurückliegenden Zeiträume und fristgemäßer Aktenvernichtung höchst unvollständig ist.

Zu Frage 3:

Die Jugend- und Familienministerkonferenz hat mit Beschluss vom 27. Mai 2020 einstimmig den Bund aufgefordert, „eine bundesweite Aufklärung der Vorkommnisse gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der ehemaligen Verschickungskinder und den damals involvierten Institutionen beispielsweise im Rahmen eines Forschungsauftrages vorzunehmen. Im Rahmen des Forschungsauftrages sollten unter anderem die zahlreichen Erlebnisberichte und Eigenrecherchen der Betroffenen berücksichtigt werden.“

Das Land Bremen wird sich an entsprechenden bundesweiten Vorhaben beteiligen.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage. Soweit geschlechtsspezifische Sachverhalte berührt sind, wurden diese bei der Beantwortung berücksichtigt.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Abstimmung mit der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz ist eingeleitet.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport vom 12.11.2021 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.